

Protokoll über die Sitzung Nr. 10/2023 des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 28. August 2023 um 14:00 Uhr im Ratssaal

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Volker Block

Beigeordnete Christina Heide

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Beigeordneter Jens Stoffers

Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

Mitglieder Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes (ab 14:50 Uhr)

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Martin Burkhart

Mitglied AfD-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moritze

Mitglieder Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

ohne Parteizugehörigkeit

beratendes Mitglied Ulf Berner

als Gäste

Norbert Peter Brandt - Ratsmitglied

Michael Diers - Geschäftsführer Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH

(14:40 – 17:25 Uhr)

Olaf Fischer - Ratsmitglied

Alexander Leonhardt - Geschäftsführer Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

(bis 17:25 Uhr)

Anja Mandt - Ratsmitglied (bis 18:25 Uhr=

Stefan Schwanke - Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH (bis 17:25 Uhr)

Dr. Uwe Weithöner - Ratsmitglied
Olaf Werner - Ratsmitglied (15:45 bis 17:20 Uhr)

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns
Stadtbaurat Niksa Marusic
Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Alexander Ajwasow - Fachbereich Kommunikation & Koordination
Vanessa Becker - Fachbereich Kommunikation & Koordination (15:40 bis 17:25 Uhr)
Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen
Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen
Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination
Elke Schute - Fachbereichsleitung Wirtschaft und Regionalmanagement (bis 17:25 Uhr)
Jörg Walkenhorst - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude, des Kulturausschusses und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen (FiWiTH) vom 14.06.2023 und der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des FiWiTH vom 26.06.2023
- 4 Vorlagen an den Rat
 - 4.1 Klarstellung Satzung Klinikum WHV gGmbH **238/2023**
 - 4.2 Unterbringung von Flüchtlingen am dem 1.1.2024 **211/2023**
 - 4.3 Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung eines kommunalen Härtefallfonds Wilhelmshaven **572/2022**
 - 4.4 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Cannabis-Modellprojekt in Wilhelmshaven **556/2023**
 - 4.5 Antrag Ratsherr Berner: Prüfauftrag Queeres-Zentrum in Wilhelmshaven **554/2023**
 - 4.6 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP/FW: Zeitliche Trennung der Sitzungstage Ausschuss Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen und Verwaltungsausschuss **578/2023**
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
-Keine-
- 6 Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung
 - 6.2 Sachstand Tourismuskonzept
 - 6.3 Sachstand Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung
 - 6.4 Strukturwandel
 - 6.5 Weitere Vorschläge zur Verbesserung des laufenden Haushaltes 2023 (Beigeordneter Heinemann)

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude, des Kulturausschusses und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen (FiWiTH) vom 14.06.2023 und der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des FiWiTH vom 26.06.2023

Die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude, des Kulturausschusses und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen (FiWiTH) vom 14.06.2023 wurde mit 12 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig genehmigt.

Herr Burkhardt wies darauf hin, dass Herr Oberbürgermeister Feist in der Sitzung am 26.06.2023 ein Schreiben des Innenministeriums zu der Rückzahlung der Mittel aus den Kohlestrukturhilfen erwähnt habe und gesagt habe, dass das Schreiben nach der Prüfung durch die Verwaltung an den Rat geschickt werde.

Herr Oberbürgermeister Feist antwortete, dass unter den Tagesordnungspunkt 6.4 darüber berichtet werde.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen am 26.06.2023 wurde mit 12 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Klarstellung Satzung Klinikum WHV gGmbH

238/2023

Herr Müller führte in die Beschlussvorlage ein.

Herr Walpurgis berichtete von der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden im Aufsichtsrat der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH. Er vertrat die Auffassung, dass jemand gewählt wurde, der nicht wählbar gewesen sei und er daher als einziger Gegenkandidat automatisch gewählt sei. Der Beschlussvorlage werde er nicht zustimmen.

Herr Heinemann und **Herr Oberbürgermeister Feist** merkten an, dass die Wahl in einer nichtöffentlichen Sitzung stattgefunden habe und daraus nicht in der Öffentlichkeit berichtet werden dürfe.

Herr Schön, Herr Stoffers und **Herr Dr. Schulte** sprachen sich gegen die Beschlussvorlage aus. Es sei sinnvoller, wenn der Vorsitzende und die Stellvertretung stimmberechtigt sind.

Herr Burkhardt teilte mit, dass noch keine Abstimmung innerhalb seiner Gruppe stattgefunden habe.

Auf Nachfrage von **Herrn Berner** erklärte **Herr Müller**, dass bei Ablehnung der Beschlussvorlage nicht sofort die Satzung angepasst werden müsse. Der Wille des Rates wäre damit eindeutig und bei der nächsten Gelegenheit könne die Satzung dahingehend konkretisiert werden.

Beschluss: -einstimmig abgelehnt-

Die Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH wird angewiesen, die Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH dahingehend klarstellend anzupassen, dass sowohl stimmberechtigte als auch nicht stimmberechtigte Mitglieder des Aufsichtsrates zum Vorsitzenden bzw. zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt werden können.

4.2 Unterbringung von Flüchtlingen am dem 1.1.2024

211/2023

Die Beschlussvorlage wurde ausführlich von **Herrn Schönfelder** vorgestellt.

Herr Burkhardt hinterfragte, ob eine Zusammenlegung der beiden Unterkünfte sicher sei, ob die Ausstattung der Räumlichkeiten in der Beschlussvorlage berücksichtigt sei und ob die vorhandenen Küchen ausreichen würden. Er hielt ein Schutzkonzept über 6 Ebenen für schwierig und hatte Bedenken bezüglich des Brandschutzes und der Mehrkosten.

Herr Schönfelder erklärte, dass ein dauerhafter Wachdienst auf den Etagen mit schutzbedürftigen Personen möglich sei, man aber auch baulich zulässige Maßnahmen prüfe. Für die Ausstattung werden nur teilweise Möbel benötigt, da einiges bereits vorhanden sei. Die genaue Ermittlung bezüglich des Küchenbedarfs stehe noch aus.

Herr Becker stellte weitere Fragen, unter anderem zum Thema Versicherung, Sozialverträglichkeit im Schulraum und den Küchen. Er kündigte außerdem an, dass er Herrn Sascha Scheller eingeladen habe, dieser habe Erfahrung mit Flüchtlingsunterkünften und könne davon berichten.

Herr Schönfelder beantwortete die Fragen von Herrn Becker.

Herr Heinemann fragte alle Ausschussmitglieder, ob es Einwände gegen einen Wortbeitrag von Herrn Scheller geben würde.

Da es keine Einwände gab, berichtete **Herr Scheller**, dass er letztes Jahr im Dezember ein ähnliches Klinikgebäude als Flüchtlingsunterkunft vermieten wollte. Ursprünglich sollte die Anmietung ab Dezember und der Bezug im März erfolgen. Es wurden jedoch Nachinvestitionen in Millionenhöhe notwendig und der Einzug wird erst ab April 2024 möglich sein. Er hielt das in der Beschlussvorlage angedachte Gebäude grundsätzlich für sinnvoll, habe aber Bedenken eine so große Einrichtung in der Innenstadt anzusiedeln. **Herr Scheller** bot an, für weiteren Erfahrungsaustausch zur Verfügung zu stehen.

Herr Schönfelder bedankte sich für die Anregungen.

Herr Block teilte mit, dass die SPD-Fraktion den Zeitdruck kritisiert, die Beschlussvorlage aber mit Bauchschmerzen mitgehen würde. Er erinnerte daran, dass eine Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft keine Dauerlösung sein sollte, sondern lediglich für die Erstaufnahme vorgesehen sei.

Herr Weithöner stand der Zusammenlegung der Unterkünfte kritisch gegenüber. Er forderte außerdem, dass die Beschlussvorlage bezüglich der finanziellen Auswirkungen klarer formuliert werden muss.

Herr Schön kritisierte, dass der Beschluss und die meisten Informationen nichtöffentlich sind. Er stellte in Frage, ob ein Kauf sinnvoller sei als die Anmietung. Er bat um eine Aussage vom Kämmerer, dahingehend ob er wegen der Kosten besorgt sei.

Herr Schönfelder sprach sich gegen einen Kauf aus und **Herr Marušić** erklärte, dass dafür keine Mittel im Wirtschaftsplan enthalten seien.

Herr Bruns erklärte, dass ab dem Jahr 2025 im Haushaltsplan 2023/2024 keine Mittel für die Flüchtlingsunterkunft enthalten sind, daher müsse zum nächsten Doppelhaushalt eventuell nachgesteuert werden. Für die Jahre 2023 und 2024 gehe er derzeit davon aus, dass der Fachbereich Soziales innerhalb seines Budgets liege.

Herr Moriße erkundigte sich, wie viele abgelehnte Asylbewerber derzeit in Wohnungen innerhalb des Stadtgebietes leben.

Herr Schönfelder erwiderte, dass dies nicht bekannt und kaum ermittelbar sei. Er verwies auch auf die Frist für Auskunftersuchen.

Auf Nachfrage von **Herrn Block** antwortete **Herr Schönfelder**, dass geplant sei dem Rat die Ergebnisse aus den Ausschreibungen für die weiteren Leistungen zur Verfügung zu stellen. Der Rat soll eng eingebunden werden.

Frau Mandt rief dazu auf, zu berücksichtigen, dass das Gebäude verfügbar und bezugsfertig sei. Die Anmietung von Containern am Sportforum würde bedeuten, dass dort keine großen Veranstaltungen mehr stattfinden können. Der Sozialraum am angedachten Standort sei außerdem gut. Sie wünschte sich bis zur Ratssitzung konkrete Aussagen bezüglich der Mehrkosten aufgrund des Brandschutzes, bisher sei der Standort für sie jedoch alternativlos.

4.3 Antrag der SPD-Fraktion: Einrichtung eines kommunalen Härtefallfonds Wilhelmshaven **572/2022**

Herr Block gab bekannt, dass die SPD-Fraktion den Antrag zurückzieht.

Beschluss: -zurückgezogen-

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt/gebeten, zusammen mit den lokalen Energieversorgungsunternehmen, umgehend einen Energie-Härtefallfonds für Heiz- und Stromkosten einzuführen, welcher im Falle drohender finanzieller Überforderung von Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen werden kann. Die durch die Niedersächsische Landesregierung in Aussicht gestellte Förderung in Höhe von 50 Millionen Euro zur Unterstützung lokaler Härtefallfonds soll hierbei berücksichtigt werden. Die finanziellen Mittel für den lokalen Härtefallfonds müssen im bestehenden Haushalt umgewidmet werden oder sind entsprechend durch einen Nachtragshaushalt zu beschließen.

4.4 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Cannabis-Modellprojekt in Wilhelmshaven **556/2023**

Herr Burkhart zog den Antrag der Gruppe GRÜNE und GfW zurück.

Beschluss: -zurückgezogen-

1. Der Rat steht der Beteiligung an einem Modellprojekt zum Aufbau einer legalen Produktions- und Lieferkette und einem legalen Vertrieb von Cannabis an die örtliche erwachsene Bevölkerung positiv gegenüber.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung:
 - a) das Interesse der benachbarten Kommunen abzufragen, gemeinsam eine Modellregion zu bilden und dieses (ggf. gemeinsame) Interesse gegenüber der Bundes- und der Landesregierung zu bekunden.
 - b) Interessierte seriöse Unternehmen frühzeitig die notwendige Unterstützung bzw. Zusammenarbeit der Behörden zuzusagen, wenn diese ein Cannabis-Abgabe-Modellprojekt einrichten wollen.

- c) Die Fachstelle Sucht der Diakonie Friesland-Wilhelmshaven frühzeitig über den Stand der Dinge zu informieren, anzuhören und in die Überlegung einzubinden.

4.5 Antrag Ratsherr Berner: Prüfauftrag Queeres-Zentrum in Wilhelmshaven **554/2023**

Herr Schön stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung, da die SPD-Fraktion einen eigenen Antrag einbringen werde. Sie möchten dabei die Gleichstellungsbeauftragte, die Landes- und die Bundesebene von Beginn an beteiligen.

Herr Becker und **Herr Tönjes** sprachen sich gegen die Nichtbefassung aus.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung wurde mit 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Beschluss: -Nichtbefassung-

Der Stadtrat möge beschließen, einen umfassenden Prüfauftrag zur Machbarkeit und Realisierung eines Queeren-Zentrums in Wilhelmshaven zu erteilen.

Der Prüfauftrag zur Errichtung eines Queeren-Zentrums soll die Machbarkeit eines solchen Projekts in Wilhelmshaven untersuchen. Dabei sollten folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Standort: Untersuchung möglicher Standorte für ein Queeres-Zentrum, unter Berücksichtigung der Zugänglichkeit, Barrierefreiheit und Infrastruktur.
2. Finanzierung: Klärung der finanziellen Aspekte, einschließlich möglicher Fördermittel und Trägerschaft bzw. Unterstützung durch öffentliche und private Partner.
3. Angebote und Struktur: Erarbeitung eines Konzepts für die geplanten Angebote und Aktivitäten des Queeres-Zentrums sowie der organisatorischen Struktur.
4. Bedarfsermittlung: Analyse des Bedarfs an Beratungs- und Unterstützungsangeboten für queere Menschen in Wilhelmshaven und Umgebung.
5. Bürgerbeteiligung: Einbindung der queeren Community, Interessenverbände, Vereine und Bürgerinnen und Bürger in den Prüfprozess, um ihre Anliegen und Bedürfnisse angemessen zu berücksichtigen.

Der Prüfauftrag soll zeitnah umgesetzt werden, damit eine fundierte Entscheidungsgrundlage für die weiteren Schritte zur Realisierung eines Queeren-Zentrums in Wilhelmshaven geschaffen werden kann.

- 4.6 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP/FW: Zeitliche Trennung der Sitzungstage Ausschuss Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen und Verwaltungsausschuss **578/2023**

Herr Bulla brachte den Antrag ein.

Herr Moriße und **Frau Marxfeld** erklärten, dass ihre jeweiligen Fraktionen dem Antrag nicht zustimmen werden. Die Ausschussmitglieder hätten sich auf den Sitzungsplan eingestellt und ihre Terminpläne danach ausgerichtet.

Herr Walpurgis, Herr Burkhardt, Herr Tönjes und **Herr Becker** zeigten sich erfreut über den Antrag.

Herr Stoffers teilte mit, dass die CDU-Fraktion sich noch abstimmen werde, er persönlich jedoch gegen einen weiteren Sitzungstag sei.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Der Stadtverwaltung wird empfohlen die Sitzungstage des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen (FiWiTH) und des Verwaltungsausschusses (VA) zu trennen.

- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

-Keine-

- 6 Mitteilungen und Anfragen

Herr Bruns informierte, dass die Stadt Wilhelmshaven voraussichtlich eine Bedarfszuweisung wegen einer außergewöhnlichen Lage in Höhe von ca. 6,5 Mio. € erhalten werde, dies sei einer Pressemitteilung des Landes zu entnehmen. Der Bescheid stehe noch aus, daher sei noch nicht bekannt, ob die Zuweisung an Bedingungen bzw. Voraussetzungen geknüpft sei.

Herr Becker äußerte den Wunsch, solche Informationen zeitnaher zu erhalten, um diese nicht aus der Presse zu erfahren.

- 6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

Herr Oberbürgermeister Feist berichtete, dass beim ESF-Bundesprogramm BIWAQ aufgrund des engen Zeitplanes keine Bewilligung vor dem Beginn des Projektzeitraumes möglich gewesen sei. Man habe die Empfehlung erhalten, einen Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn zu stellen. Dies sei am 11.08.2023 erfolgt, der Antrag wurde am 21.08.2023 positiv beschieden. Das Projekt BIWAQ beginnt ab dem 01.09.2023 auf eigenem Risiko der Stadt, der Beginn sei aber nicht förderschädlich.

6.2 Sachstand Tourismuskonzept

Frau Becker hielt einen Vortrag über den Sachstand des Tourismuskonzeptes. Dabei ging sie auf den Ausbau der Carsharing-Stationen, der Biosphärenreservatpartnerschaft, dem Wassersportangebot in Rüstersiel und die Radstation ein. Außerdem berichtete Sie von dem Vorhaben Tourismusprojekte über die Kohlestrukturhilfe zu finanzieren und den zeitlichen Ablauf hierfür.

Herr Burkhardt und **Herr Tönjes** stellten Fragen zu dem Wassersportangebot in Rüstersiel, welche von **Frau Becker** beantwortet wurden.

Es folgte eine Diskussion zwischen **Herrn Burkhardt, Frau Becker, Herrn Marušić, Herrn Becker** und **Herrn Diers** über die Radstation.

Herr Becker kritisierte, dass eine kontinuierliche Abarbeitung des Tourismuskonzeptes fehle und gefühlt wenige Fortschritte stattfinden. Es müsse überprüft werden, ob die Prozesse der Umsetzung verbessert werden können, dazu sollten auch alle Projekte und deren Fortschritt betrachtet werden.

Herr Oberbürgermeister Feist verwies auf den letzten ausführlichen Bericht von Frau Becker. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel werde alles für die Umsetzung des Tourismuskonzeptes gegeben. Leider habe man die Rückmeldung bekommen, dass Teilprojekte nicht über die Kohlestrukturhilfe umgesetzt werden können.

6.3 Sachstand Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung

-Keine Wortmeldungen-

6.4 Strukturwandel

Herr Leonhardt hielt einen Vortrag.

Zunächst berichtete er über die „Rückzahlungsmodalitäten“ für die vom Land genutzten 40 Mio. € aus der Strukturhilfe, die sich auf 36,4 Mio. € reduziert haben. Es gab dazu ein Schreiben vom Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung. Die Mittelrückflüsse sollen ab dem 30.06.2024 jährlich aus dem Betriebsgewinnen der LNG-Infrastruktur erfolgen.

Herr Leonhardt merkte an, dass derzeit keine Erfahrungswerte zu den Betriebsgewinnen vorliegen.

Die **Herren Becker, Block** und **Burkhardt** kritisierten die Rückzahlungsmodalitäten.

Herr Leonhardt erklärte, dass grundsätzlich nicht mehr Mittel abgerufen werden können, als im Voraus angemeldet worden sein. Die Mittelrückflüsse aus den Betriebsgewinnen der LNG-Infrastruktur durchbrechen dieses System, diese können nach Rückfluss direkt wieder abgefordert werden. Eine Übertragung nicht verausgabter Strukturhilfen aus einer Förderperiode in die nächste sei grundsätzlich nicht möglich. Er erläuterte außerdem noch mit welchen Bearbeitungszeiten bei den Investitionsanträgen gerechnet werden müsse.

Herr Heinemann machte darauf aufmerksam, dass es zum Beispiel problematisch sei, wenn der Rückfluss der Mittel erst im Jahr 2025 erfolgt und die Förderperiode nur bis 2026 geht. Eine Umsetzung der Maßnahmen innerhalb des kurzen Zeitfenster sei schwierig.

Herr Leonhardt bestätigte, dass dieses Problem bestehen würde.

Herr Dr. Schulte, Herr Brandt, Herr Tönjes, Herr Walpurgis, Herr Burkhart, Herr Weithöner, Frau Mandt und **Herr Becker** machten deutlich, dass sie die Rückzahlungsvereinbarung für unfair halten. **Frau Mandt, Herr Becker** und **Herr Walpurgis** betonten, dass die Stadt nun zwingend ihre Projekte auf den Weg bringen müsse, die dafür benötigte Personalkapazität müsste unbedingt zur Verfügung gestellt werden.

Herr Bulla wies darauf hin, dass laut Bundesanzeiger die Firma NPorts in der Vergangenheit hohe Defizite hatte und noch nie Gewinne erzielt habe.

Herr Müller erläuterte, dass bei den Rückflüssen nicht der gesamte Gewinn des Unternehmens gemeint sei, sondern der Betriebsgewinn aus der Investition.

Herr Werner hinterfragte wann das Schreiben eingegangen sei.

Herr Oberbürgermeister Feist teilte mit, dass das Schreiben vom 20.06.2023 sei und dies kurz im Ausschuss am 26.06.2023 bekannt gegeben worden sei. Der Vortrag heute sei nun die dazugehörige Auswertung.

Herr Dr. Schulte und **Herr Burkhart** kritisierten, dass das Schreiben dem Rat nicht früher zur Verfügung gestellt worden sei.

Herr Block berichtete, dass er parallel Kontakt zu Herrn Lies aufgenommen habe und dieser überrascht über die Kritik sei, da die Mittel der Stadt weiter zur Verfügung stehen.

Herr Bruns führte an, dass die fehlende Planungssicherheit unglücklich sei, jedoch seien in der ersten Förderperiode nur noch drei Jahre enthalten, in dieser Zeit müssen noch ca. 20 Mio. € verwendet werden. Es sei also höchste Vorsicht geboten, sollten die Mittel tatsächlich nicht weiter übertragen werden können.

Danach berichtete **Herr Leonhardt** vom Regionalmanagement. Im Rahmen dessen stellte sich **Herr Schwanke** als Projektleiter vor.

Die **Herren Werner, Berner, Bulla** und **Burkhart** stellten diverse Fragen zur Organisation und Vorgehensweise des Regionalmanagements. Diese wurden von **Herrn Oberbürgermeister Feist, Herrn Leonhardt** und **Herrn Schwanke** beantwortet.

Herr Leonhardt und **Herr Schwanke** kündigten an, dass sie ein neues Verfahren zur Bürgerbeteiligung einführen wollen, dies werde dem Rat noch vorgestellt.

6.5 Weitere Vorschläge zur Verbesserung des laufenden Haushaltes 2023
(Beigeordneter Heinemann)

-Keine Wortmeldungen-

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:37 Uhr

Bruns
Stadtkämmerer

Heinemann
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin